

Meine Antworten auf die Fragen von den Landfrauen aus dem Landkreis Osnabrück

Hier finden Sie meine **Antworten auf die Fragen** die mir die Landfrauen aus dem Landkreis Osnabrück bezüglich meiner erneuten Kandidatur als Landrätin für unseren Landkreis Osnabrück gestellt haben.

Ich freue mich darüber, dass Sie Interesse haben meine **Vision**, meinen **Standpunkt** zu zukunftsrelevanten Themen und mich selbst kennenzulernen.

Wenn Sie eine bestimmte Frage haben und auf der Suche nach Antworten sind, können Sie gerne im Inhaltsverzeichnis suchen. Wenn Sie auf eine Frage im Inhaltsverzeichnis klicken, werden Sie zu meiner Antwort geführt.

Natürlich freue ich mich, wenn Sie sich Zeit nehmen und meine ausführlichen Antworten durchlesen.

Am 13.09.2026 freue ich mich über Ihre Stimme!

Auf Augenhöhe. Füreinander erfolgreich!

Eure Anna – Landrätin für alle

Inhaltsverzeichnis – Fragen im Überblick

1. Viele Orte und Ortsteile sind ÖPNV -technisch schlecht angebunden. Was ist Ihr konkreter Plan zu Verbesserung und wie stellen Sie sich die Finanzierung vor?	3
2. Die alltägliche Erreichbarkeit von Arbeit, Schule, Arzt, Familie oder Freizeit ist weder Luxus noch ein Projekt fürs Schaufenster. Sie gehört zu den Grundlagen eines selbstbestimmten Lebens und entscheidet mit darüber, ob unsere Dörfer und Städte attraktive Lebens- und Wirtschaftsorte bleiben. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren neue Mobilitätsbausteine entwickelt und begonnen, sie sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Schnelle Busverbindungen, flexible On-Demand-Angebote, Mobilstationen und Carsharing sind für mich keine Selbstzwecke. Entscheidend ist immer, welchen konkreten Nutzen sie für die Menschen vor Ort schaffen.....	3
3. Wie wollen Sie als Landrätin die Taktung der Busse in den Abendstunden und am Wochenende konkret verbessern?	7
4. Wie stehen Sie zu steigenden Ticketpreisen beim Tarifwirrwarr zwischen Stadt und Land?	7
5. Wie steht es um den Breitband - und Mobilfunkausbau in den ländlichen Teilen des Kreises? Diese Gebiete sollen doch nicht abgehängt bleiben?	8
6. Wie stellen Sie sich die zukünftige Entwicklung des Bauens im Außenbereich vor, und welche Maßnahmen planen Sie, um Familien und junge Menschen zu unterstützen?	8
7. Wird der Landkreis unter Ihrer Führung im Hinblick auf Gewaltprävention verstärkt mit der Stadt zusammenarbeiten, um ausreichend Schutzräume für von Gewalt betroffene Menschen zur Verfügung zu stellen?.....	9
8. Wie wollen Sie wohnnortnahe stationäre und hausärztliche Versorgung sicherstellen ? Welche konkreten Anreize wird der LK setzen, um junge Mediziner für das Osnabrücker Land zu begeistern?	9
9. Wie wollen Sie die Hebammenversorgung und Geburtshilfe in den Außenbereichen gewährleisten?.....	10
10. Die Nahversorgung in den Außenbereichen ist oft spärlich. Wie wollen Sie Teilhabe und Versorgung für eingeschränkt mobile Menschen sicherstellen?	10
11. Wie wollen Sie sicherstellen , dass die Kommunen nicht durch eine Erhöhung der Kreisumlage geschwächt werden?	11
12. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die Kreisverwaltung effizienter und schlanker wird?	12
13. Wie wollen Sie Vereine und andere ehrenamtliche Strukturen unterstützen ? Planen Sie eine eigene Ansprechstelle im Landkreis?.....	13
14. Werden Sie die Partnerschaften mit Olsztyn und Walsz weiterhin pflegen und das FrauenForum weiterhin unterstützen?	13
15. Was wollen Sie tun, um mehr Frauen für Kreistag und Gemeinderäte zu gewinnen ? Was tun zum Schutz von Mandatsträgerinnen vor Angriffen?	14
16. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit mit der Stadt Osnabrück gestalten, ohne den ländlichen Raum ins Hintertreffen geraten zu lassen?	14
17. Welche Entscheidung würden Sie sofort nach Amtsantritt angehen ?	15
18. Wenn Sie nur ein einziges Großprojekt erfolgreich umsetzen könnten – welches wäre das und warum ?	15

1. Viele Orte und Ortsteile sind ÖPNV-technisch schlecht angebunden. Was ist Ihr konkreter Plan zu Verbesserung und wie stellen Sie sich die Finanzierung vor?

Da diese Frage komplex ist, die Anforderungen und Erwartungen aus der Bevölkerung und Wirtschaft sehr groß sind und es in der öffentlichen Debatte aber immer wieder zu Missverständnissen kommt, fällt diese Antwort von mir umfangreicher aus:

ÖPNV bedeutet für mich gesellschaftliche Teilhabe. Er schafft Erreichbarkeit von Beruf, Bildung und Gesundheitsversorgung, ermöglicht Ehrenamt, Freizeit, Begegnungen mit Freunden und Familie sowie den Besuch von Festen und Kulturveranstaltungen. Besonders junge und ältere Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigungen sind auf einen verlässlichen und bedarfsgerechten öffentlichen Nahverkehr angewiesen.

2. Die alltägliche Erreichbarkeit von Arbeit, Schule, Arzt, Familie oder Freizeit ist weder Luxus noch ein Projekt fürs Schaufenster. Sie gehört zu den Grundlagen eines selbstbestimmten Lebens und entscheidet mit darüber, ob unsere Dörfer und Städte attraktive Lebens- und Wirtschaftsorte bleiben. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren neue Mobilitätsbausteine entwickelt und begonnen, sie sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Schnelle Busverbindungen, flexible On-Demand-Angebote, Mobilstationen und Carsharing sind für mich keine Selbstzwecke. Entscheidend ist immer, welchen konkreten Nutzen sie für die Menschen vor Ort schaffen.

Gleichzeitig müssen wir ehrlich sein. Vor allem dort, wo Ortschaften weiter von den starken Bus- und Bahnachsen entfernt liegen, entspricht unser heutiges Angebot noch nicht überall den Bedürfnissen der Menschen. Der Weg zu einer wirklich guten und zugleich dauerhaft finanzierbaren Mobilität in einem großen Flächenlandkreis ist sehr anspruchsvoll. Aber wir wissen heute sehr viel mehr darüber, was funktioniert, wo Angebote angenommen werden und wie unterschiedliche Mobilitätsformen sinnvoll zusammenspielen können. Auf diesen Erfahrungen können und müssen wir jetzt aufbauen.

Wie groß der Bedarf ist, erlebe ich jeden Tag. Mobilität gehört auch in diesem Wahlkampf zu den bestimmenden Themen bei Podiumsdiskussionen, in Interviews und vor allem in den vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Institutionen und Unternehmen. Deshalb ist der ÖPNV für mich eine Herzaufgabe. Die Aufgabe ist groß, aber der Nutzen für unsere gesamte Region ist es ebenso. Das motiviert mich, die notwendigen Kräfte zu bündeln, auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre aufzubauen und Schritt für Schritt bessere Lösungen für das

Osnabrücker Land zu entwickeln. Diesen Prozess führen wir auf einer soliden entwickelten Grundlage fort:

- MOIN+ und die daraus resultierenden neuen Grundlagen für den 5. Nahverkehrsplan sind aus den Bedürfnissen der Region entstanden: Mehr als 5.000 Menschen und fast 700 Unternehmen haben ihre Anforderungen an einen besseren ÖPNV formuliert.
- Die neuen Angebote werden stark angenommen: S20 und S40 nutzen werktäglich jeweils rund 700 Fahrgäste, Lüttj beförderte in rund 20 Monaten etwa 170.000 Menschen.
- Lüttj wird zunehmend effizient gebündelt: Die oft genannten 1,4 Personen beziehen sich auf eine Buchung, nicht auf die Fahrzeugbesetzung. Das Pooling stieg von rund 13 auf über 40 Prozent.
- Der konkrete Nutzen ist messbar: 25 Prozent der befragten Lüttj-Nutzenden haben keinen Zugang zu einem Auto, 13 Prozent hätten ihre Fahrt sonst nicht unternommen und 47 Prozent ersetzen damit hauptsächlich Autofahrten.
- Gleiche Erreichbarkeit braucht unterschiedliche Lösungen: Starke Bus- und Bahnachsen, On-Demand-Verkehre und Bürgerbusse müssen je nach Teilraum sinnvoll zusammenspielen.
- Die Finanzierung braucht neue Wege: Bedarf und Effizienz, mehr Verantwortung von Bund und Land und ergänzend einen neuen, innovativen Mobilitätsfonds für das Osnabrücker Land, an dem sich Wirtschaft und Bürgerschaft beteiligen können.
- Umsetzung braucht Kontinuität und Mehrheiten: Die Aufgabe der Landrätin ist es, Kommunen und Akteure zusammenzubringen, Lösungen und Förderungen voranzutreiben und die notwendigen politischen Mehrheiten zu organisieren

Die Grundlagen, Potenziale, Beschlüsse, Maßnahmen und Finanzierungsoptionen für diesen Prozess habe ich nachfolgend ausführlicher beschrieben.

Generell gilt: Je weiter Menschen von den starken Bus- und Bahnverbindungen und den größeren Zentren entfernt leben, desto schwieriger wird die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Nahverkehr. Davon sind bei uns größere Bereiche im Nordkreis betroffen, aber auch im Osten und Süden gibt es Ortschaften und Ortsteile, in denen ein selbstbestimmter Alltag ohne eigenes Auto noch immer schwierig ist. Das betrifft den Weg zur Arbeit und Ausbildung genauso wie Arztbesuche, Einkaufen, Ehrenamt, Freunde, Familie oder Freizeit.

Um das langfristig zu verändern, habe ich in den vergangenen Jahren den Ausbau eines bedarfsgerechteren ÖPNV mit neuen Bausteinen wie Schnellbuslinien und On-Demand-Angeboten angestoßen. Diese Angebote sind nicht am Schreibtisch entstanden. Ihnen gingen umfangreiche Analysen, repräsentative Umfragen und Beteiligungsformate voraus. Mehr als 5.000 Menschen und fast 700 Unternehmen haben sich beteiligt und ihre Anforderungen an einen alltagstauglichen ÖPNV formuliert. 45 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger erklärten, bei einem besseren Angebot den Bus deutlich häufiger nutzen zu wollen. Von den Unternehmen bewerteten 69 Prozent die Mobilität ihrer Mitarbeitenden als sehr wichtig. Erreichbarkeit ist damit nicht nur eine Frage der Teilhabe, sondern auch ein Standortfaktor im Wettbewerb um Arbeits- und Fachkräfte.

Aus diesen Anforderungen wurde gemeinsam mit Fachleuten MOIN+ entwickelt. Das Ziel war, unterschiedliche Lösungen praktisch zu erproben und daraus zu lernen. Schnellbusse schaffen starke Hauptachsen, On-Demand-Verkehre schließen räumliche und zeitliche Lücken, Mobilstationen und Carsharing ergänzen das System. Alltägliche Mobilitätsbedürfnisse sind für mich keine Prestigeprojekte. Entscheidend ist, ob ein Angebot den Menschen einen konkreten Nutzen bringt und dauerhaft bedarfsgerecht und finanzierbar gestaltet werden kann.

Die Ergebnisse zeigen, dass die neuen Angebote angenommen werden. Die Schnellbuslinien S20 und S40 werden werktäglich von jeweils rund 700 Fahrgästen genutzt. Auf der S20 ist die Nachfrage gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 17 Prozent gestiegen, auf der neuen Querverbindung 260 sogar um fast 23 Prozent. Gerade morgens zeigt sich deutlich die Nutzung für Schule, Ausbildung und Pendelwege.

Auch Lütti ist stark nachgefragt. Innerhalb von rund 20 Monaten wurden etwa 170.000 Fahrgäste befördert. Dabei ist mir eine Zahl wichtig, die immer wieder missverständlich verwendet wird. Im Durchschnitt fahren etwa 1,4 Personen auf einer Buchung. Das ist nicht die durchschnittliche Besetzung eines Lütti. Eine Buchung kann für bis zu sechs Personen vorgenommen werden. Zusätzlich werden unabhängig voneinander gebuchte Fahrtwünsche miteinander verbunden, wenn Menschen zur gleichen Zeit ähnliche Wege haben. Dieses sogenannte Pooling stieg im Projektverlauf von rund 13 Prozent zu Beginn auf über 40 Prozent im Frühjahr 2025. Mehrere Buchungen werden dann mit demselben Fahrzeug gemeinsam bedient. Die Zahl von 1,4 beschreibt also die durchschnittliche Gruppengröße einer Buchung, nicht die Auslastung eines Fahrzeuges. Durch das Pooling verändert sich die Zahl der gleichzeitig mitfahrenden Personen im Verlauf einer Fahrt.

Noch wichtiger als diese Betriebszahlen ist für mich der Nutzen für die Menschen. Ein Viertel der befragten Lütti-Nutzerinnen und -Nutzer hatte keinen Zugang zu einem Auto. 13 Prozent hätten ihre jeweilige Fahrt ohne Lütti gar nicht unternommen und 47 Prozent gaben an, damit hauptsächlich Autofahrten ersetzt zu haben. Das bedeutet mehr selbstständige Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe und zeigt gleichzeitig, dass ein gutes Angebot eine tatsächliche Alternative zum eigenen Auto sein kann.

Wir haben außerdem gelernt, dass On-Demand nicht überall dieselbe Aufgabe erfüllen muss. Besonders deutlich wird das in Bramsche. Dort beginnt oder endet insgesamt gut jede fünfte Lütti-Fahrt am Bahnhof. Werktags am frühen Morgen sind es zeitweise sogar mehr als 40 Prozent. Lütti funktioniert dort als Zubringer zu Bahn und weiterführendem ÖPNV. In Melle ist die Gesamtnachfrage besonders hoch, während das Angebot in der dezentraler strukturierten Samtgemeinde Bersenbrück andere Verkehrsbeziehungen und besonders auch Abend- und Wochenendbedarfe abdecken muss.

Genau das ist für mich eine der wichtigsten Erkenntnisse von MOIN+. **Gleiche Erreichbarkeit bedeutet nicht, überall das gleiche Verkehrsangebot bereitzustellen.** Ein On-Demand-Verkehr in Bersenbrück muss anders gestaltet werden als in Melle

oder Bramsche. Schnelle Bus- und Bahnlinien sollen das Rückgrat bilden. Flexible Angebote können Menschen aus den Ortschaften zu diesen Hauptachsen bringen oder dort Mobilität ermöglichen, wo feste Linien zu bestimmten Zeiten nur wenig genutzt werden. Bürgerbusse können lokal eine weitere wertvolle Ergänzung sein.

Mein konkreter Plan ist deshalb ein ÖPNV, der stärker vom tatsächlichen Bedarf her entwickelt wird. Wo viele Menschen unterwegs sind, müssen wir die starken Achsen stärken. Wo feste Linien dauerhaft nur schwach genutzt werden, müssen wir prüfen, ob flexible Angebote ergänzen oder in Schwachlastzeiten übernehmen können. So vermeiden wir Parallelverkehre und setzen unsere begrenzten Mittel möglichst wirksam ein. Mit dem 5. Nahverkehrsplan von Stadt und Landkreis haben wir dafür wichtige planerische Grundlagen geschaffen. Die Erfahrungen aus MOIN+ fließen erstmals systematisch in die weitere Entwicklung von klassischen und flexiblen Verkehren ein.

Diese Aufgabe ist gerade in schwierigen finanziellen Zeiten nicht einfach. Aber wir dürfen den Wert des ÖPNV nicht nur an seiner Ausgabeposition im Haushalt messen. Unsere Unternehmen haben selbst deutlich gemacht, wie wichtig ihnen die Erreichbarkeit ihrer Beschäftigten ist. Gute Mobilität vergrößert den Einzugsbereich für Arbeits- und Fachkräfte und stärkt damit unseren Wirtschaftsstandort. Eine bundesweite Untersuchung unter Beteiligung der TU München kommt zudem zu dem Ergebnis, dass der ÖPNV volkswirtschaftlich ungefähr drei Euro Nutzen je Euro Betriebskosten erzeugt. Dieser Wert lässt sich nicht eins zu eins auf unseren Landkreis übertragen. Er zeigt aber, dass Mobilität wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen schafft, der in einem kommunalen Haushalt nicht als Einnahme sichtbar wird.

Es ist schnell gesagt, der ÖPNV ist teuer, unsere Finanzen sind knapp. Sehr viel schwieriger lässt sich beziffern, was fehlende Erreichbarkeit kostet, wenn ein junger Mensch seinen Ausbildungsplatz nicht erreicht, ein älterer Mensch für jeden Arztbesuch Hilfe benötigt oder ein Unternehmen eine Fachkraft nicht gewinnen kann. Gerade deshalb müssen wir bei der Priorisierung öffentlicher Ausgaben immer auch den Nutzen für Lebensqualität, Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen.

Finanzierbar wird die Weiterentwicklung nur, wenn wir Angebote konsequent auf Bedarf und Effizienz ausrichten, Parallelverkehre vermeiden und gleichzeitig Bund und Land stärker in die Verantwortung nehmen. Die kommunale Ebene kann diese Aufgabe nicht allein tragen.

Für On-Demand-Angebote möchte ich deshalb zusätzlich neue Finanzierungswege erschließen. Öffentliche Verantwortung bleibt das Fundament, Fahrgeldeinnahmen bilden eine weitere Säule. Ergänzend möchte ich mit einem **Mobilitätsfonds für das Osnabrücker Land** eine dritte Säule entwickeln, an der sich Wirtschaft und Bürgerschaft freiwillig beteiligen können. Davon profitieren alle, Menschen gewinnen zusätzliche Mobilität, Unternehmen stärken Erreichbarkeit und Fachkräftebindung und Unterstützer investieren sichtbar in die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit ihrer Region. Der Fonds wäre zugleich Ausdruck einer starken Gemeinschaft, die

Probleme nicht nur beschreibt, sondern gemeinsam Lösungen entwickelt und damit selbst handlungsfähig bleibt. Diese Fähigkeit, auch unter schwierigen Bedingungen eigene, gemeinschaftsbasierte Wege zu finden, entwickelt sich durch initiierte Projekte wie z.B. die „Medizinische Hochschule Osnabrück“ bereits zu einem Markenzeichen des Osnabrücker Landes. Wenn uns das gelingt, schafft es nicht nur konkrete Mobilität vor Ort, sondern stärkt auch die überregionale Wahrnehmung unserer Region als innovativen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftlich handelnden Standort.

Eine Landrätin entscheidet all das nicht allein. Kreistag, Städte und Gemeinden, Verkehrsunternehmen, Bund und Land tragen Verantwortung. Aber ein solches Thema entwickelt sich auch nicht von selbst. Es braucht jemanden, der die Beteiligten zusammenbringt, Lösungen vorantreibt, Fördermittel und neue Finanzierungswege erschließt und immer wieder die notwendigen Mehrheiten organisiert. Genau darin sehe ich meine Aufgabe. Wir haben in den vergangenen Jahren viel darüber gelernt, was funktioniert und wo wir nachsteuern müssen. Darauf möchte ich aufbauen und die Kräfte bündeln, damit Schritt für Schritt ein verlässlicher, bedarfsgerechter und dauerhaft finanzierbarer ÖPNV für unseren gesamten Landkreis entsteht.

3. Wie wollen Sie als Landrätin die Taktung der Busse in den Abendstunden und am Wochenende konkret verbessern?

Um die Randzeiten und die Wochenenden besser bedienen zu können, sind besonders die in der vorhergehenden Frage beschriebenen On-Demand Verkehre sinnvoll. Einfach überall und zu jeder Zeit mehr große Busse fahren zu lassen, auch wenn sie kaum genutzt werden, werden wir uns nicht leisten können. Hier müssen wir differenzieren, insbesondere aus ökonomischen Gründen. Auf den nachgefragten Verbindungen braucht es verlässliche Takte. In dünnen besiedelten Bereichen und zu Randzeiten sind flexible On-Demand-Verkehre oft die bessere Lösung. Genau dafür haben wir den Lütli erprobt. Er bringt Menschen zum Bahnhof, zum Arzt, zum Einkauf oder zum Sport und verbindet sie mit den schnellen Hauptlinien. Im 5. Nahverkehrsplan werden solche flexiblen Angebote erstmals systematisch neben klassischen Busverkehren mitgedacht. Diesen Ansatz will ich mit den Kommunen weiterentwickeln - bedarfsgerecht und so, dass er dauerhaft finanzierbar bleibt.

4. Wie stehen Sie zu steigenden Ticketpreisen beim Tarifwirrwarr zwischen Stadt und Land?

Das Deutschlandticket hat vieles vereinfacht. Für Gelegenheitsfahrer und Menschen in schwach angebundenen Orten reicht ein Monatsabo aber nicht als Antwort. Deshalb will ich zuerst das Angebot im ländlichen Raum verbessern und zugleich einfache, transparente und möglichst grenzüberschreitende Tarife schaffen. Stadt und Landkreis müssen dabei enger zusammenarbeiten. Mein Ziel ist außerdem, Schülerinnen und Schülern möglichst ein Deutschlandticket anzubieten und On-Demand-Verkehre

bezahlbar einzubinden. Bezahlbarkeit, Einfachheit und ein verlässliches Angebot gehören zusammen.

5. Wie steht es um den Breitband- und Mobilfunkausbau in den ländlichen Teilen des Kreises? Diese Gebiete sollen doch nicht abgehängt bleiben?

Gerade im ländlichen Raum entscheidet digitale Infrastruktur über Teilhabe, Bildung, Arbeit und die Zukunft unserer Betriebe. Deshalb haben wir den Glasfaserausbau massiv vorangetrieben. Die Quote liegt aktuell bei rund 85 Prozent, soll bis Ende 2026 über 90 Prozent und bis 2028 rund 98,5 Prozent erreichen. Insgesamt fließt etwa eine halbe Milliarde Euro in den Ausbau. Beim Mobilfunk bleiben wir mit den Netzbetreibern im engen Austausch und drängen auf die Schließung der verbliebenen Lücken. Der Wohnort darf nicht über digitale Teilhabe entscheiden.

Die gute Nachricht ist, dass auch die Initiative vor Ort dazu beitragen kann, eine gute Glasfaserversorgung sicherzustellen. Das zeigt zum Beispiel die Gemeinde Schwege. Dort sind Ortsratsmitglieder von Tür zu Tür gegangen, bis 75 Prozent der Haushalte einem Glasfaservertrag zugestimmt hatten und dadurch ein eigenwirtschaftlicher Ausbau möglich wurde. Bürgerschaftliche Initiative, Kommune, Landkreis und privater Anbieter haben hier gemeinsam Möglichkeiten entwickelt und Verantwortung übernommen.

Glandorf wird damit voraussichtlich 2027 die erste Kommune im Landkreis sein, die zu 100 Prozent mit Glasfaser versorgt ist.

6. Wie stellen Sie sich die zukünftige Entwicklung des Bauens im Außenbereich vor, und welche Maßnahmen planen Sie, um Familien und junge Menschen zu unterstützen?

Bauen im Außenbereich ist ein sensibles Thema. § 35 BauGB verbietet dort nicht pauschal jedes Vorhaben, setzt aber bewusst enge Voraussetzungen, um Zersiedelung zu vermeiden und Natur sowie landwirtschaftliche Flächen zu schützen. Für land- und forstwirtschaftliche Betriebe gelten besondere Regelungen; auch Umnutzungen und Vorhaben im Bestand können unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein. Mein Ansatz ist deshalb rechtliche Spielräume pragmatisch zu nutzen, besonders um unseren familiengeführten Höfen Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Bestandsgebäude und Ortskerne stärker zu entwickeln und gemeinsam mit den Gemeinden dort planen, wo zusätzliche Entwicklung sinnvoll und tragfähig ist. Zugleich dürfen landwirtschaftliche Nutzflächen nicht zur Restgröße der Flächennutzung werden. Familien und junge Menschen brauchen außerdem mehr als Bauland. Gute Kitas und Schulen, Breitband, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Vereine und attraktive Arbeitsplätze sind mindestens genauso wichtig. Diese Bedingungen will ich weiter stärken.

7. Wird der Landkreis unter Ihrer Führung im Hinblick auf Gewaltprävention verstärkt mit der Stadt zusammenarbeiten, um ausreichend Schutzräume für von Gewalt betroffene Menschen zur Verfügung zu stellen?

Ja. Schutz vor Gewalt und häuslicher Gewalt darf nicht an Stadt- oder Kreisgrenzen enden. Stadt und Landkreis müssen gemeinsam mit Beratungsstellen, Polizei, Gleichstellungsstellen und sozialen Trägern eine verlässliche regionale Schutzkette sichern. Dazu gehört, die vorhandenen Schutzplätze und Beratungsangebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und bei nachgewiesenem zusätzlichem Bedarf auch Kapazitäten auszubauen. Ebenso wichtig ist Prävention - und inzwischen ausdrücklich auch Schutz vor digitaler Gewalt. Die Landfrauen haben mit ihrer orangenen Wanderbank selbst ein starkes Zeichen gesetzt. Seit vielen Jahren sind wir im Gespräch mit vielen Engagierten Frauen über konkrete weitere Schutzmöglichkeiten. Politische Mehrheiten haben wir bislang nicht gewinnen können. Dennoch werde ich mich weiter stark machen für genügend Plätze in Frauenhäusern. Durch Aufklärung und gute Zusammenarbeit von Landkreis Stadt, Kommunen und Engagierten entstehen viele Aktionen, die dafür sorgen, dass Betroffene im Notfall wissen, wohin sie sich wenden können und dort tatsächlich Hilfe, Beratung und einen sicheren Ort erhalten. Diese Stellen benötigen allerdings deutlich mehr Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit, damit Menschen in Not schnellere Hilfe erhalten können. Ich werde nicht aufhören mich weiterhin persönlich dafür einzusetzen die Krisenanlaufstellen und Hilfsangebote in die Öffentlichkeit zu tragen und bekannter zu machen. Damit werden wir gleichzeitig erreichen, dass das Thema Gewaltprävention im Fokus bleibt und permanent weiterentwickelt wird.

8. Wie wollen Sie wohnortnahe stationäre und hausärztliche Versorgung sicherstellen? Welche konkreten Anreize wird der LK setzen, um junge Mediziner für das Osnabrücker Land zu begeistern?

Wir haben unsere Rolle als Landkreis nach jahrzehntelangem Beharren endlich bewusst verändert. Wir sind inzwischen weg vom reinen Beobachten, hin zum aktiven Mitgestalten der Gesundheitsversorgung. Auf Basis des beauftragten Gesundheitsgutachtens soll eine regionale Gesundheitsstrategie für ambulante und stationäre Versorgung entstehen. Erste laufende Projekt in der Telemedizin in Verbindung mit neuen medizinischen Ausbildungswegen zeigen bereits positive Zukunftspotenziale.

Gleichzeitig handeln wir bereits. In Ankum entstand das erste Regionale Gesundheitszentrum Niedersachsens, in Quakenbrück wurde die Gynäkologie und Geburtshilfe gestärkt, und für Ostercappeln entwickeln wir mit Nachdruck Möglichkeiten für den Erhalt des Gesundheitsstandortes. Für den ärztlichen Nachwuchs in der Region engagieren wir uns mit Medizinstipendien von 750 Euro monatlich, Förderungen für Praxisgründungen, Zweigpraxen, Anstellungen und inzwischen auch erweiterte Programme etwa für Kinderärztinnen und Kinderärzte und Famulaturen. Hinzu kommt die gemeinsam mit der Stadt Osnabrück, Uni und

Hochschule kommunal initiierte Hochschule für Medizin in Osnabrück. Ziel ist es, junge Medizinerinnen und Mediziner aus der Region zu gewinnen und langfristig hier zu halten - besonders für die hausärztliche Versorgung auf dem Land. Zudem werden Arztsitze im Osnabrücker Land attraktiver, weil wir Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit bieten als Dozentinnen oder Dozenten Teil der Forschung und Lehre an der Medizinischen Hochschule zu werden.

Über diese konkreten Unterstützungen hinaus sehe ich jegliche Daseinsvorsorge und Attraktivierung unserer Region als sehr hilfreiche Basis, um Ärztinnen und Ärzte in unsere Region zu holen, oder hier zu halten.

9. Wie wollen Sie die Hebammenversorgung und Geburtshilfe in den Außenbereichen gewährleisten?

Geburtshilfe muss qualitativ hochwertig und zugleich für Familien im ländlichen Raum erreichbar bleiben. Deshalb war es wichtig, den Standort des CKQ in Quakenbrück zu stärken. Dort wurden eine neue Gynäkologie und Geburtshilfe aufgebaut, 2025 kamen dort 635 Kinder zur Welt. Die zukünftige Struktur der Geburtshilfe und der Hebammenversorgung gehört für mich zwingend in unsere regionale Gesundheitsstrategie. Wir müssen klinische Geburtshilfe, ambulante Angebote, Hebammen und - wo tragfähig und medizinisch sicher - auch Geburtshausmodelle zusammendenken. Der Landkreis kann Vergütungs- und Versicherungsfragen der Hebammen nicht allein lösen; dafür werde ich weiter auf Landes- und Bundesebene bessere Rahmenbedingungen einfordern. Gleichzeitig müssen wir vorhandene Unterstützungsangebote rund um Schwangerschaft und Geburt regional gut vernetzen.

10. Die Nahversorgung in den Außenbereichen ist oft spärlich. Wie wollen Sie Teilhabe und Versorgung für eingeschränkt mobile Menschen sicherstellen?

Teilhabe bedeutet für mich, dass auch Menschen ohne eigenes Auto ihren Alltag selbstständig bewältigen können. Dafür brauchen wir wohnortnahe Angebote und gute Erreichbarkeit. Ich unterstütze Modelle wie 24/7-Dorfläden, genossenschaftliche oder mobile Angebote und Hofläden, wenn sie vor Ort tragfähig sind. On-Demand-Verkehre können Menschen zum Einkauf, Arzt, zur Apotheke, zu Kultur oder zum Bahnhof bringen. Breitband und digitale Angebote ergänzen das, ersetzen aber nicht persönliche Versorgung. Entscheidend ist für jeden Teilraum die passende Kombination.

Ich habe in der Vergangenheit Kontakt zu dem Marktanbieter „Enso“ aufgebaut, um die Möglichkeit von 24/7 Tante Emmaläden in den abgelegenen Orten anzuregen. Die Gespräche mit dem Enso Inhaber und Überprüfungen durch unser Referat Kreisentwicklung haben ergeben, dass nach den Maßgaben von Enso fast alle Orte im Landkreis Osnabrück so nah an einem Supermarkt liegen, dass Enso nach ihren

Vorgaben keinen auf ersten Blick geeigneten Standort ausmachen konnte. In einzelnen knapp nicht geeigneten Ortschaften haben sich jedoch so viele Teilhaber in der Bevölkerung gefunden, dass Enso eine Ansiedlung prüft. Diese Entwicklungen werde ich auch zukünftig engagiert unterstützen.

11. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Kommunen nicht durch eine Erhöhung der Kreisumlage geschwächt werden?

Eine höhere Kreisumlage ist für mich die Ultima Ratio. Die Kreisumlage ist trotz der hohen Investitionen in die Breitbandversorgung, an denen sich die Kommunen im Landkreis finanziell nicht beteiligen mussten, immer noch um 2 Punkte niedriger ist als 2018. Die Kreisumlage verschafft dem Landkreis zwar Einnahmen, nimmt aber unseren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden genau die finanziellen Spielräume, die sie selbst für Kitas, Schulen, Feuerwehr, Straßen, Kultur und Ehrenamt brauchen. Deshalb müssen wir zuerst im eigenen Haus weiter konsolidieren, Prozesse vereinfachen, digitalisieren und Prioritäten setzen. Gleichzeitig liegt ein wesentlicher Teil des Problems in der unzureichenden Finanzierung von Aufgaben, die Bund und Land auf die kommunale Ebene übertragen. Dafür werde ich gemeinsam mit unseren Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden weiter Druck machen. Eine pauschale Zusage, die Kreisumlage unabhängig von jeder künftigen Finanzlage niemals anzupassen, wäre unseriös. Mein Ziel ist aber, eine Erhöhung so lange wie verantwortbar zu vermeiden und die Handlungsfähigkeit beider kommunaler Ebenen zu sichern.

LK hat mit TELKOS die gesamte Finanzierung des Breitbandausbaus übernommen, um die kommunale Handlungsfähigkeit vor Ort zu stärken, bisher ohne die Kreisumlage anheben zu müssen. Das wird weiterhin das Ziel sein.

Wir haben die finanziellen Herausforderungen bereits vor Jahren erkannt und große Sparanstrengungen in den Kreishaushalten der letzten Jahre vorgenommen und konsolidieren aktuell massiv weiter. Dabei kürzen wir nicht mit der Kettensäge, die Menschen dürfen nicht den Eindruck gewinnen, dass der Staat sich von Ihnen „weg spart“, wenn man ihn braucht. Aufgrund der immens ansteigenden und nicht durchfinanzierten Anforderungen von Bund und Land geraten die kommunalen Haushalte der Kommunen in Deutschland ins Defizit. Deshalb müssen wir Kommunen immer mehr um die Finanzierung unserer eigentlichen Kernaufgabe, der Daseinsvorsorge vor Ort kämpfen. Diesen Kampf müssen wir als Kommunen und Landkreis weiter gemeinsam kämpfen.

Unsere Doppelstrategie von Investitionen in die Zukunft und gleichzeitigen Sparanstrengungen zeigt erste Erfolge, muss aber engagiert und getragen von politischen Mehrheiten weitergeführt werden.

Konsequente Investition in Zukunfts- und Daseinsvorsorgestrukturen mit Unterstützung eines effizienten Fördermittelmanagements ist die eine Seite. Die andere eine intensive Konsolidierung durch Digitalisierung, Hinterfragen und

Effizienzsteigerungen von Verwaltungsprozessen und Abläufen, runter bis in die einzelnen Zuständigkeiten und Detailabläufe. Mit dieser Strategie haben wir in den letzten Jahren erreichen können, dass der Landkreis als Gesamtheit stärker gewachsen ist als der niedersächsische Durchschnitt, dabei nimmt seit 2021 die Verschuldung des Landkreises einen immer geringeren Anteil an der Verschuldungsentwicklung

Zusätzlich werde ich darauf achten, dass die Lasten angemessen verteilt bleiben, und mich weiterhin stark für eine faire Finanzierung der vom Bund und Land übertragenen Aufgaben einsetzen. Bund und Land müssen die Aufgaben, die sie uns übertragen, endlich auskömmlich finanzieren. Landkreis und Kommunen müssen dabei als starke Gemeinschaft auftreten. So konnten wir das Land gemeinsam davon überzeugen, die bereits geplante Streichung der Landesförderung für den kommunalen Breitbandausbau zurückzunehmen. Solche gemeinsamen Erfolge helfen wesentlich dabei, zusätzliche Belastungen unserer Kommunen und damit auch Erhöhungen der Kreisumlage zu vermeiden.

12. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die Kreisverwaltung effizienter und schlanker wird?

Ich will die Verwaltung nicht einfach nur kleiner rechnen, sondern ihre Arbeit grundlegend einfacher und effizienter machen. Wir sind bereits in einen engagierten Konsolidierungs- und Strukturprozess. Der nächste Schritt ist, einzelne Verwaltungsprozesse konsequent zu überarbeiten. Was ist notwendig, was kann entfallen, was kann parallel statt nacheinander geprüft und was vollständig digital oder automatisiert werden? Die Ende-zu-Ende-Digitalisierung wollen wir weiter ausbauen und künftig auch Automatisierung und KI dort nutzen, wo sie sicher und sinnvoll sind. Das digitale Bauamt zeigt die Richtung. Bauanträge werden bereits vollständig digital eingereicht. Gleichzeitig verbinden wir die Kreishaussanierung mit neuen Arbeitsformen und geringerem Flächenbedarf. Mit der Kreishaussanierung verfolgen wir das Ziel die gleichen Prozesse mit ca. 20 % weniger Fläche. Mein Grundsatz ist, bevor wir Leistungen für die Menschen kürzen, müssen wir prüfen, wie der Staat seine Aufgaben mit weniger Aufwand besser erledigen kann - schneller, transparenter und leichter erreichbar. Diesen Weg synchronisieren wir konsequent und erfolgreich mit unserem Digitalisierungsprozess. Seit Bestehen des online verfügbaren „Dashboard für digitale Verwaltung“ des Bundesministeriums für Digitales rangiert der Landkreis Osnabrück beim Ausbau der digitalen Verwaltung auf den Plätzen 1 und 2 in Niedersachsen.

13. Wie wollen Sie Vereine und andere ehrenamtliche Strukturen unterstützen? Planen Sie eine eigene Ansprechstelle im Landkreis?

Wir haben in einem dreijährigen Prozess Ehrenamtsstrukturen im Landkreis, in den Kommunen aufgebaut, die jetzt noch durch unsere Ehrenamtsbeauftragte des Landkreises unterstützt werden. Zusätzlich arbeiten wir mit dem Zentrum für ehrenamtliches Engagement der Katholischen LandvolkHochschule Oesede zusammen. Diese vorhandenen Strukturen will ich stärken und noch sichtbarer machen. Dazu gehören Beratung, Fortbildungen, Unterstützung bei Förderanträgen, der Fördermittel-Ratgeber, die Ehrenamtskarte und ein enger Austausch mit Freiwilligenagenturen, Vereinen und Initiativen. Besonders wichtig ist mir Bürokratieabbau. Wer seine Freizeit für andere einsetzt, soll sie nicht mit unnötigen Formularen verbringen. Ehrenamt ist für mich kein nettes Extra. Es ist ein Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und gerade im ländlichen Raum unverzichtbar.

14. Werden Sie die Partnerschaften mit Olsztyn und Walsz weiterhin pflegen und das FrauenForum weiterhin unterstützen?

Ja – ausdrücklich und von Herzen ein ganz großes JA. Die Partnerschaften mit Olsztyn und Wałcz sind mir eine Herzensangelegenheit. Ich möchte sie weiter pflegen und ausbauen. Nicht nur weil sich inzwischen enge Freundschaften entwickelt haben, sondern auch um den europäischen Gedanken zu stärken. Gerade in einer Zeit, in der Europa politisch und sicherheitspolitisch unter Druck steht, schaffen persönliche Begegnungen Vertrauen, Verständnis und Freundschaften, die keine Regierung verordnen kann. Die Partnerschaft mit Olsztyn besteht seit 1999; das deutsch-polnische Frauen Forum wird seit 2017 regelmäßig durchgeführt und fand 2026 erneut in Olsztyn statt. Im direkten Kontakt mit den Menschen entsteht Vertrauen und Verständnis, das auch durch Krisen tragen kann. Das haben die vergangenen Krisen wie Corona und der Ukrainekrieg eindrücklich gezeigt. Ich habe persönlich so viel gelernt von unseren Partnerinnen und Partnern in Polen, so viel Wissen für die politischen Strömungen und Vertrauen durch sehr offenen Austausch und Diskussion erfahren, die wunderschöne Landschaft und die tollen, herzlichen Menschen lieben gelernt, dass ich nur jedem diese Erfahrungen empfehlen kann. Großes Potential in der Partnerschaft sehe ich in dem Ausbau der gegenseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem Austausch von Schülerinnen und Schülern, Vereinen, der Caritas und natürlich unseren politischen Vertreterinnen und Vertretern. Das absolute Highlight ist für mich aber das Frauen Forum. Einen solchen Spirit von Power, Lebensfreude und Tiefgang habe ich selten erlebt. Ein Geschenk, dass es unbedingt zu wahren und auszubauen gilt.

15. Was wollen Sie tun, um mehr Frauen für Kreistag und Gemeinderäte zu gewinnen? Was tun zum Schutz von Mandatsträgerinnen vor Angriffen?

Mehr Frauen in den Räten entstehen nicht durch Appelle allein. Frauen müssen erleben, dass politische Beteiligung gewollt ist, dass sie Netzwerke finden und konkrete Einblicke in Mandate bekommen. Deshalb unterstütze ich Programme wie „Frau.Macht.Demokratie.“ und das regionale Bündnis „Mehr Frauen in die Politik“ ausdrücklich weiter. Mentoring, persönliche Ansprache und gute Netzwerke können die Schwelle zur Kandidatur deutlich senken. Genauso wichtig ist der Schutz derjenigen, die Verantwortung übernehmen. Persönliche Bedrohungen, Hass und digitale Gewalt dürfen nicht als normaler Preis politischer Arbeit hingenommen werden. Betroffene Mandatsträgerinnen müssen Rückhalt durch ihre Institutionen, Parteien und Netzwerke bekommen; strafrechtlich relevante Angriffe müssen konsequent dokumentiert und verfolgt werden. Vor allem dürfen wir Frauen mit solchen Angriffen nicht alleinlassen.

16. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit mit der Stadt Osnabrück gestalten, ohne den ländlichen Raum ins Hintertreffen geraten zu lassen?

Stadt und Landkreis sind keine Konkurrenten, wir sind starke regionale Partner mit gleichen Kerninteressen. Die anstehenden Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung, der Bildung, dem Fachkräftemangel, der Demografie, der Mobilität, der Wirtschaft, der Wissenschaft oder die Folgen des Klimawandels lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Ich werde weiterhin die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis so gestalten, dass wir gemeinsam stärker werden können – auf Augenhöhe, mit Respekt vor den unterschiedlichen Stärken und immer mit dem Ziel, dass die gesamte Region profitiert. Der Landkreis bringt in die Partnerschaft wirtschaftliche Stärke, einen leistungsfähigen und innovativen Mittelstand, Landwirtschaft, Flächen- und Energiepotenziale sowie starke Städte, Gemeinden und Ortsgemeinschaften ein. Gemeinsam mit der Wissenschafts-, Kultur- und urbanen Innovationskraft der Stadt entsteht daraus ein regionaler Verbund, in dem beide Seiten unterschiedliche Stärken einbringen und dadurch gemeinsam mehr erreichen können, als jede für sich allein.

Deshalb soll der Regionale Wachstumspakt Osnabrücker Land alle Kommunen und zentralen Akteure an einen Tisch bringen. Gemeinsame Projekte müssen auf Augenhöhe entstehen und der gesamten Region nutzen. Beispiele dafür sind die gemeinsame Initiative für die Medizinische Hochschule, der zwischen Landkreis und Stadt abgestimmte Nahverkehrsplan, die gemeinsamen Beschlüsse zum Neubau des Förderschulcampus, aber auch die gemeinsame Krisenbewältigung, etwa während der Corona-Pandemie.

Gemeinsam profitieren wir zudem von Universität und Hochschule sowie von unserem gemeinsam getragenen Startup- und Innovationszentrum ICO. Diese Strukturen haben dazu beigetragen, Stadt und Landkreis als starken Standort für Unternehmensgründungen zu entwickeln. Unsere Landkreisunternehmen im Agrotech Valley Forum e.V. profitieren unmittelbar von der Hochschule und Universität

Osnabrück. Auch im Tourismusmarketing gehen wir mit der Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land gemeinsame Wege – mit nachweislichem Erfolg für beide Seiten. In den kommenden Jahren gilt es, weitere Potenziale dieser Zusammenarbeit zu erschließen und gemeinsam zu entwickeln. Nicht zuletzt liegt in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Stadt ein großer Hebel, um kommunale Kräfte und Ressourcen zu bündeln. Gerade angesichts der schwierigen Finanzlage auf allen Ebenen können wir so Lösungen für die zunehmend unter Druck geratenen Bereiche der Daseinsvorsorge entwickeln und gemeinsam tragfähig umsetzen.

17. Welche Entscheidung würden Sie sofort nach Amtsantritt angehen?

Ganz oben steht für mich die Sicherung unserer Gesundheitsversorgung. Der Landkreis Osnabrück arbeitet aktuell daran, die medizinische Versorgung **strategischer und aktiver zu gestalten**. Dazu läuft unter anderem eine Bestands- und Bedarfsanalyse, der medizinischen Versorgung. Auf diese Grundlage wollen wir gemeinsam mit Kreispolitik, Kommunen und den regionalen Gesundheitsakteuren schnellstmöglich eine regionale Gesundheitsstrategie entwickeln, die ambulante und stationäre Versorgung zusammendenkt und konkrete Lösungen für die unterschiedlichen Teilräume des Landkreises entwickelt. Dieser Prozess wurde nach intensiver politischer Diskussion im Kreistag beschlossen. Gleichzeitig verfolge ich das Ziel den nächsten Umsetzungsschritt für einen Regionalen Wachstumspakt Osnabrücker Land einzuleiten. Aus dem strategischen Rahmen müssen gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Kammern, Hochschulen und weiteren Akteuren klare Prioritäten und konkrete Projekte werden. Entscheidend ist, nach der Wahl nicht wieder bei null anzufangen, sondern vorbereitete Prozesse konsequent umzusetzen und den damit verbundenen Nutzen für die Region schnellstmöglich zu erzielen.

Zusätzlich werde ich für unsere Kinder und Jugendlichen eine Bildungsoffensive einleiten, Schulleitungen und Interessierte vernetzen und miteinander best-practice Beispiele austauschen von Unterricht der allen Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften wie Eltern besser gerecht wird. Ich möchte Türen öffnen für alle die Akteurinnen und Akteure, die den Herausforderungen mit innovativen Konzepten eine gute Antwort und gemeinsame Weiterentwicklung entgegen wollen.

18. Wenn Sie nur ein einziges Großprojekt erfolgreich umsetzen könnten – welches wäre das und warum?

Wenn ich tatsächlich nur ein einziges Großprojekt wählen dürfte, wäre es der Regionale Wachstumspakt Osnabrücker Land. Nicht, weil Gesundheitsversorgung, Bildung, Wasser, Mobilität oder Klimafolgen weniger wichtig wären - sondern weil wir für all diese Aufgaben eine wirtschaftlich starke und handlungsfähige Region brauchen. Der Wachstumspakt soll deshalb kein weiteres Papier werden, sondern ein dauerhafter Arbeitsprozess, in dem Stadt, Landkreis, Kommunen, Unternehmen,

Landwirtschaft, Kammern, Hochschulen, Gewerkschaften und weitere Akteure gemeinsame Prioritäten setzen und Kräfte bündeln. Wenn es uns gelingt, unsere wirtschaftliche Stärke, Fachkräfte, Infrastruktur, Energie- und Wassersicherheit sowie Innovation gemeinsam weiterzuentwickeln, schaffen wir die Grundlage dafür, auch soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge langfristig finanzieren zu können.

Mein Ziel ist es, mit dem Regionalen Wachstumspakt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich unsere Region zu einer der stärksten Zukunftsregionen Deutschlands entwickeln kann.